



9. Heft | 7. Mai 1914

ROBERT SCHMIDT · EIN RÜCKBLICK AUF DIE ROTE WOCHE

ROTE Woche hieß eine Propaganda, die von der sozialdemokratischen Partei eine Woche hindurch gleichmäßig über ganz Deutschland entfaltet wurde. Sie hat ein überaus glänzendes Ergebnis gezeitigt. Die Partei hat bei dieser Agitation rund 140 000 Mitglieder und 82 000 Zeitungsabonnenten gewonnen. In der Zeit einer großen Arbeitslosigkeit ein stolzes Resultat, das Zeugnis ablegt für die starke agitatorische Kraft der Sozialdemokratie, für den Eifer und den Opfersinn ihrer Anhänger.

Als im Bericht des Parteivorstands an den vorjährigen Parteitag mitgeteilt wurde, daß die Mitgliederzahlen der politischen Organisationen einen Stillstand, in manchen Bezirken sogar Rückschritte zeigten, und auch einige Wahlen, besonders die Landtagswahlen in Baden, kein für die Partei günstiges Ergebnis brachten, belebten sich in bürgerlichen Kreisen die Hoffnungen auf ein Zurückgehen der sozialdemokratischen Hochflut. Die letzten Ereignisse werden die Chancen der Gegner stark herabdrücken. Ohne daß man den Erfolg der Propaganda zu überschätzen braucht (denn von den neugewonnenen Mitgliedern und Abonnenten werden uns manche wieder verloren gehen), bleibt das Resultat doch glänzend. Keine andere Partei dürfte imstande sein eine gleiche Aktion einzuleiten und mit ähnlichem Erfolg durchzuführen. Die Organisation bildet eine starke Stütze der Partei, sie überragt in ihrem freien Aufbau die aller bürgerlichen Parteien. Es stände sicherlich sehr viel schlechter um die Konservativen und das Zentrum, wenn beide sich auf ihre eigene Kraft verlassen müßten. Was wäre das Zentrum ohne die Agitation des katholischen Klerus, was wären die Konservativen ohne den Beamtenapparat, was die Rechtsnationalliberalen ohne die Diktatur der Großindustriellen?

Das schnelle Wachstum der sozialdemokratischen Partei bereitet seit langem unseren Gegnern schwere Sorge; alle Anstrengungen, die man gemacht hat es zu hindern, waren fruchtlos oder trugen sogar häufig indirekt dazu bei es zu fördern. Der ganze Heerbann, der gegen uns aufgeboten wird, ist ein planloses, nervöses Hin- und Herirren. Man denke an den Reichsverband gegen die Sozialdemokratie, eine Organisation, die alle bürgerlichen Parteien in der einen Aufgabe verband die Sozialdemokratie zu bekämpfen. Heute steht der Reichsverband selber wohl auf dem Aussterbeetat, aber seine Tätigkeit ist von zahlreichen literarischen Bureaus der Unternehmer-

organisationen aufgenommen worden. Die harten Urteile wegen angeblicher Streikvergehen, die für die Gewerkschaftsbewegung ungünstige Auslegung der Gesetze, das ganze System der politischen Verfolgung sind nicht zum wenigsten auf die unausgesetzte Hetze zurückzuführen, die die bürgerliche Presse auf Betreiben jener literarischen Bureaus entfaltet. Wie bemüht man sich die Jugendbewegung niederzuhalten! Die Freigebigkeit, mit der die preußische Regierung für die Jugendbildung Millionen zur Verfügung stellt, wäre unerklärlich, wenn es sich nicht darum handelte die sozialdemokratische Jugendbewegung zu bekämpfen. Der ganze Kampf gegen die Jugendbewegung ist von dem Bestreben diktiert die Jugend von der Berührung mit der sozialdemokratischen Partei fernzuhalten. In diesem Kampf um die Jugend haben unsere Gegner keine ungünstige Position; denn ihnen stehen reichere Mittel und Protektionen zur Verfügung, auf die wir verzichten müssen. Diese Lage, in die die Jugendbewegung geraten mußte, wurde von dem Hamburger Gewerkschaftskongreß /1908/ klarer vorausgesehen als kurz darauf von dem Nürnberger Parteitag, der die Frage nicht gerade mit besonderm Geschick behandelte. Trotzdem, die Jugendbewegung geht ihren Weg, weder Ungeschick noch Verfolgung können ihr den Lebensnerv unterbinden. Unsere Gegner wittern in ihr die größte Gefahr. Und in der Tat: sie ist kein unbedeutender Feind der kapitalistischen Gesellschaft, und gerade in ihrer reinen Bildungsarbeit; denn jede Bildung der Jugend ist ein Gewinn für die Sozialdemokratie.

Politisch möchte man die sozialdemokratische Partei ächten; ihre Stärke verbietet es aber den Gegnern in jedem Fall diesem Wunsch entsprechend zu handeln. Daher ist die ganze rechtsstehende Presse über jede, selbst indirekte Wahlunterstützung der Sozialdemokratie durch die Liberalen empört; sie will die gemeinsame Frontstellung der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie aufrechterhalten wissen, muß sich aber den eigenen Sündenfall vorhalten lassen. Ähnlich ergeht es der Regierung. Es gibt Situationen, in denen die 111 Sozialdemokraten nicht ausgeschaltet werden können. Wäre die Position des Liberalismus in Deutschland nicht so schwach, rief die Rotscheu in seinen eigenen Reihen nicht so viel Verwirrung hervor, es stände besser um die Fortführung liberal-demokratischer Aufgaben in der deutschen Politik. Das Bürgertum, einst der Träger des liberalen Gedankens, erwartet nichts mehr von eigener Kraftentfaltung sondern hofft auf eine Förderung seiner Interessen durch die Gesetzgebung. Im konservativen Getriebe der Innungsagitation, in den Versuchen lästige Konkurrenz zu vernichten, in der Stellungnahme gegen die radikale Arbeiter- und Angestelltenbewegung sind liberale Anschauungen nur noch wenig bemerkbar. Die großkapitalistisch interessierten Kreise drängen den Liberalismus immer mehr von seinen eigentlichen Aufgaben ab, sie fühlen sich wohl unter dem Dreiklassenwahlrecht, sind mit jeder Unterdrückungsmaßregel gegen die sozialdemokratische Arbeiterschaft einverstanden und fordern eine Verständigung mit den konservativen Freunden. Der Rest des Liberalismus, der nach links tendiert, bildet eine kleine Gruppe, die keinen rechten Halt gewinnen kann. Die Konservativen üben mit ihrem Anhang in der Wirtschaftlichen Vereinigung und dem Zentrum einen stärkern Einfluß aus als ihrer Partei zukäme; ihnen folgt nicht nur die Landbevölkerung, sondern auch der Teil des Bürgertums, der die letzten Konsequenzen aus seinen konservativen Neigungen gezogen hat.

Für die Sozialdemokratie bleibt daher noch ein großes Betätigungsfeld außerhalb der eigentlichen Arbeiterschaft, namentlich in der Schicht der Privatangestellten; sie könnte dieser das eigentliche Rückgrat bilden und ihren Forderungen politische Formulierung geben. Auch hier haben die Gegner mit der Zersplitterung der wirtschaftlichen Organisationen begonnen, in der Erkenntnis, daß Zwietracht unter den Kämpfenden Schwächung ihres Widerstands bedeutet. Deshalb die Protektion der *nationalen* Arbeiterbewegung in ihren verschiedenen Richtungen, die bei ihrer geringen Mitgliederzahl zur Ohnmacht verdammt wäre, auch wenn wirklich die Absicht bestände Ernstes zu leisten. Wollen wir uns gegen alle diese feindlichen Strömungen vorwärtsarbeiten, so brauchen wir den festen Glauben an die Berechtigung und Durchführbarkeit unserer Sache. Die kapitalistische Gesellschaft weist so viele Schäden auf, daß dieser Glaube immer größere Scharen von Anhängern finden wird, und fehlt es ihnen an Begeisterung, so wird sie angefacht werden durch die Rechtlosigkeit der Arbeiterschaft, durch die Gleichgültigkeit der Gesellschaft gegenüber der wirtschaftlichen Lebenslage des Proletariats. In diesem Zeichen stand die rote Woche.

Die Partei wird die neugewonnenen Anhänger aber nur dann zum dauernden Bestand ihrer Organisationen zählen können, wenn sie sich nicht nur auf die Bosheit und Niedertracht ihrer Gegner verläßt sondern auch eine Politik der praktischen Erfolge betreibt. Wer kann heute noch darüber im Zweifel sein, daß unsere Zustimmung zur Wehrabgabe und zur Vermögenssteuer unsere Gegner stärker erbitterte als es eine Ablehnung vermocht hätte? Sie wäre für viele ein Trost gewesen, wenn sie schon die Zeche bezahlen mußten; so haben sie nicht einmal diese Genugtuung sondern müssen den Einfluß der Sozialdemokratie anerkennen. Dieses Beispiel zeigt die Richtung, die im Parlament weiter innegehalten werden muß. In ihren Grundsätzen wird die Partei dadurch nicht erschüttert; sie paßt sich nur der Entwicklung an und befolgt damit eine Taktik, die heute bei einer Zahl von 111 Abgeordneten größere Bedeutung hat als je zuvor. Im Kampf außerhalb des Parlaments unterstützt sie die Gewerkschaften und die Genossenschaften; beide stärken die wirtschaftliche Position der Arbeiterklasse. Darum mögen ihre Feinde noch so einmütig den Kampf gegen die Sozialdemokratie erschallen lassen, sie finden sie gerüstet, zur Abwehr wie zum Angriff.

XX
**MAX SCHIPPEL · DER RUSSISCH-DEUTSCHE
 ZOLLKRIEG VON 1893-1894**

NUR die egoistische Verstocktheit deutscher Agrarier gibt die Erklärung dafür, daß zwischen diesen beiden Ländern Rußland und Deutschland wirtschaftliche und politische Verstimmungen entstehen können. · VORWÄRTS 10. APRIL 1914



NACH jahrelangen russischen Anklagen gegen den geltenden Handelsvertrag vom 28. Juli 1905 und nach den jüngsten Schritten gegen einige, damals nicht in den Vertrag einbezogene deutsche Einfuhren wird heute die Möglichkeit eines Zollkriegs zwischen Deutschland und Rußland von neuem erörtert. Die gegenseitige Eiferung ist nicht bloß reichlich vorzeitig sondern zugleich maßlos übertrieben, und wahrscheinlich wird, wie schon nach den ersten erbitterten